

Deutschförderklassen Erfahrungen und Perspektiven

Am 28. Februar 2019 findet im Festsaal der PAHO in Wien 10 eine von der Arbeiterkammer Wien, der Initiative Bildung Grenzenlos, dem Lernraum Wien der Volkshochschulen und dem Österreichischen Verband für Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache organisierte Veranstaltung statt, die einen Ist-Zustand bei der Umsetzung der Deutschförderklassen aufzeigen und die Thematik diskutieren soll.

Volksschullehrerin **Esra Akbaba** beklagt, dass die Lehrer/innen für die Deutschförderklassen von den Direktionen bestimmt werden, viele hätten aber keine geeignete Ausbildung in Deutsch als Zweitsprache. Lehrer/innen müssten etwas tun, was sie aus ethischer oder wissenschaftlicher Sicht nicht vertreten. Kinder werden aus ihren Klassen gerissen und rennen im Haus umher. Bibliothek oder Werkraum mussten ihrem Zweck entfremdet und für die Deutschklassen zur Verfügung gestellt werden. Die Aufklärung der Eltern erfolgte erst zu Schulbeginn und verunsicherte sie. Die Kinder würden von Mitschüler/innen verspottet werden da sie in einer eigenen Klasse seien. Die ständigen Tests und Screenings seien ein Hemmnis für den Lernfortschritt. Der Regierung sei es hauptsächlich darum gegangen, die Anzahl der Kinder mit ao Status zu senken. Sie fordert eine zweite Lehrperson für jede Klasse.

Auch **Gabriele Lener**, Volksschuldirektorin, berichtet von einer großen Verunsicherung bei den Eltern, die ihre Kinder ausgegrenzt sehen. Sie glaubt, dass nur wenige Standorte das Konzept so umsetzen wie es geplant ist. Gehört habe sie, dass manche Direktor/innen keine ao Schüler/innen meldeten um die Deutschklassen zu umgehen, die Kinder fallen dann aber auch um die Förderung um. Es sei unklar, was die Zuschreibungen ungenügend und mangelhaft genau bedeuten. Deutschförderklassen würden statt Vorschulklassen eingerichtet werden. So soll in einer Schule ein noch nicht schulreifes Kind, das in einer Vorschulklasse sein sollte, mit einer Aufgabenmappe durchs Schulhaus von Klasse zu Klasse geschickt werden. In ihrer Schule gebe es glücklicherweise keinen zusätzlichen Raum für eine Deutschförderklasse, es finde Abteilungsunterricht statt. Beim Aufsteigen mit Konferenzbeschluss sei unklar, welche Voraussetzungen es dafür gebe. Von ihrer einstigen Flüchtlingsklasse konnten jene Kinder rasch Fuß fassen deren Eltern an Bildung interessiert waren. Sie appelliert an die Verantwortlichen mehr in die Kindergärten zu investieren.

NMS Direktorin Martina Dedic meint bei den Deutschförderklassen gebe es Für und Wider. In ihrer Schule sitzen 19 Schüler/innen im Biologiekammerl, aber es sei gut, dass sie 20 Stunden Deutschförderung bekommen, mehr als früher. Allerdings müssten vier von ihnen zwei Mal pro Woche in einen Alphabetisierungskurs in einen anderen Bezirk gehen, sie fehlen dann in diesen Stunden. Ihrer Meinung nach werden drei den Aufstieg schaffen. Der Sprung von 20 Stunden auf sechs Stunden bei Wegfall des ao Status sei enorm. Die Schule nimmt auch die Förderung 2.0 durch die Volkshochschule in Anspruch. Sie spricht von einer großen Herausforderung, auch für die Lehrer/innen.

Die **Elternvereinsobfrau** einer Halbtagsvolksschule im 2. Bezirk berichtet, dass der Schwerpunkt dieser Schule die mangelnden Deutschkenntnisse der Kinder seien. Die zwei ersten Klassen sind Deutschförderklassen. Es schrecke Familien mit deutscher Muttersprache ab ihre Kinder in diese Schule zu schicken. Die Eltern einzubeziehen sei sehr schwierig, im Schulforum seien Eltern mit Migrationshintergrund kaum vertreten. Außerdem bräuchten Kinder viel mehr als nur Deutschstunden. In diesem Zusammenhang lobt sie das große Engagement der Lehrer/innen.

Dipl.Päd. Ulrike Rötgens von der Bildungsdirektion Wien erläutert die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen¹ der Deutschförderklassen. 57% der Schüler/innen in den Wiener

¹ Alle Infos unter <http://www.sfz-wien.at/>

Pflichtschulen haben nicht Deutsch als Herkunftssprache. Für manche politisch Verantwortlichen liege der Sinn der Deutschförderklassen darin, dass die Kinder mit Deutsch als Muttersprache nicht so viel mit diesen Kindern zu tun haben müssen. Zu verhindern, dass „ein Kind, mit seiner Mappe im Schulhaus herumkriecht“, sei aber Sache der Schulleitung. Ab 1. April werden die MIKA-D Tests zur Verfügung stehen, ein Instrument um die Deutschkompetenz zu messen. Die Kenntnisse werden mit ausreichend, mangelhaft und unzureichend eingestuft. Kinder mit ungenügenden Kenntnissen kommen in Deutschförderklassen, Kinder mit mangelhaften Kenntnissen in Deutschförderkurse. Kinder aus Deutschförderklassen können mit ao Status von der 1. in die 2. Klasse aufsteigen, bei Kindern in Deutschförderkursen gilt das nicht.

Nach der Pause werden die **Ergebnisse der Diskussionen** an den einzelnen Tischen, die auf die Referate folgten, präsentiert. Einige wesentliche Punkte:

- Flexibilität und Autonomie am Schulstandort mit flexiblem Einsatz der Ressourcen
- Verstärkte Netzwerkbildung im Sinne von Bildungsgrätzeln
- Abschaffung von Tests, Segregation und Selektion, soziale Integration vor Deutschförderung
- Deutsch als Zweitsprache in der Lehrer/innenausbildung erweitern
- Zwei Lehrer/innen in jeder Klasse, Ausbau von Teamteaching
- Keine schulstufenübergreifende Deutschförderklassen und maximal acht Kinder pro Gruppe
- mehr Förderung für Seiteneinsteiger/innen, mehr Muttersprachenlehrer/innen
- Ausbau der Mama lernt Deutsch-Kurse und Förderung der Elternarbeit durch Dolmetscher
- Einführung eines zweiten verpflichtenden Kindergartenjahrs

Es werden auch Fragen gestellt:

- Welches Ziel soll erreicht werden: den MIKA-D Test zu schaffen oder dem Regelunterricht folgen zu können?
- Wie können Lehrer/innen motiviert werden mehr Widerstand zu leisten?

Prof. Dr. Juliane Karakayali von der Evangelischen Hochschule für soziale Arbeit in Berlin spricht zum Thema: “Neuzugewanderte Kinder und Jugendliche in der Schule: zur Problematisierung von Vorbereitungsklassen“. Bis 1998 gab es in Berlin eine Parallelbeschulung von Gastarbeiterkindern, die nach Protesten gestrichen wurde. Für die derzeitigen Willkommensklassen gibt es nur einen Orientierungsleitfaden und keine geregelte Organisation. Sie sollen von maximal 12 Kindern ein Schuljahr lang besucht werden. Ziel sei der möglichst zügige Erwerb der deutschen Sprache. Von der Hochschule wurden 13 Grundschulen (umfassen die 1. - 6. Schulstufe in Berlin) in acht Bezirken untersucht, man kam zu folgenden Ergebnissen: Die Organisation obliegt den Lehrkräften, es gibt aus organisatorischen Gründen keinen Kontakt zu den Regelklassen. Es gibt keinen Lehrplan, Sprachbildungskonzepte sind nicht vorhanden oder liegen in Schubladen. Methoden, Inhalte, alles variiert von Schule zu Schule. Die Lehrkräfte sind nicht richtig für den Deutschunterricht ausgebildet. Fachunterricht findet nicht statt. Für den Übergang zu den Regelklassen gibt es keine Regeln. Die Lehrer/innen orientieren sich nicht daran, was die Kinder sprachlich können sondern am Sozialverhalten. Den Kindern wurde vor allem vermittelt wie man sich in Deutschland zu verhalten habe. Es gab auch Anfeindungen durch die deutschsprachigen Schüler/innen. Drei Schulen haben keine echte Segregation durchgeführt und das Gemeinsame stärker in den Vordergrund gestellt. Grundsätzlich sieht sie große Nachteile in der Segregation.

Auf die Frage zu unterschiedlichen Ergebnissen zwischen Willkommensklassen und integrativer Beschulung antwortet **Karakayali**, dass es keine Untersuchungen gebe was erfolgreicher sei. In Berlin liege das gesamte Schulsystem darnieder und Autonomie löse die Probleme nicht. Die Eltern müssten sich aber auf etwas verlassen können. **Prof. Dr. Dirim** von der Universität Wien verweist auf Hamburg, wo es auch Einstiegsklassen gibt, dann aber zur Integration übergegangen wurde. Generalsekretär **Mag. Martin Netzer** vom BMBWF meint, es zeige sich, dass sich Probleme nicht von selbst lösen. Länder mit starker Zuwanderung haben Segregationsmodelle eingeführt, auch Schweden. In Österreich gebe es massive Probleme in den Sekundarstufen 1 und 2. Die Schere zwi-

schen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund sei immer größer geworden. Zum Schulbeginn 2018 gab es aber erstaunlicherweise um 3000 Kinder weniger mit ao Status als voraus berechnet worden war. Er wurde Kindern vielleicht nur deshalb zugeteilt um mehr Ressourcen zu erhalten.

VS Lehrerin **Akbaba** fragt, ob man von einer rassistischen Ausgrenzung sprechen könne. Man sollte doch schauen, wie die Kinder am besten Deutsch lernen können. **Karakayali** erwidert, dass es dazu keine objektive Forschung gebe. Der Vorsitzende des Wiener Landesverbandes der Elternvereine an den öffentlichen Pflichtschulen **Karl Dwulit** kritisiert, dass die Deutschförderklassen eine politische Entscheidung seien und es dadurch weniger Ressourcen gebe. Kinder könnten viel Zeit verlieren. Man schaue zu sehr auf die Sprachkenntnisse und zu wenig auf den sozio-ökonomischen Hintergrund. Es gebe zu viel Defizitorientierung. Er ruft zu einer sachlichen Diskussion auf.

Im weiteren Verlauf wird von Teilnehmer/innen gefragt, was Lehrer/innen im gegenwärtigen System zu einer Verbesserung beitragen könnten und warum nicht auf eine Evaluierung vorhandener Modelle gewartet wurde. Es wird ersucht, parallele Modelle zuzulassen um Vergleiche ziehen zu können, mehr auf die Lehrer/innen und die Wissenschaft zu hören, sich nicht zu sehr auf die Tests zu verlassen, da sie nicht aussagekräftig seien. **Dirim** fordert mehr Kooperation zwischen Schulen und Universitäten und meint, Österreich sollte sich bei der Integration ein Beispiel an Kanada nehmen. **Univ. Prof. Dr. Rudolf de Cillia** bekräftigt die Bedeutung des sozio-ökonomischen Hintergrunds. Das Gesetz wurde beschlossen ohne auf die Wissenschaft zu hören, es gehe nur mehr um die deutsche Sprache.

Netzer bestätigt, dass seriöse empirische Forschung nötig sei. Wenn in einer Klasse zwei Kinder Deutsch als Muttersprache haben und 20 nicht, könnten die 20 in „kein deutsches Sprachbad eintauchen“. Die Probleme bei Kindern mit Migrationshintergrund seien groß, es gab Handlungsbedarf. Das Beispiel Berlin zeige, dass die fast totale Autonomie keine gute Lösung sei. Das Ministerium habe sich am Beispiel Hamburg orientiert. Dass Kinder jetzt mehr Zeit verlieren könnten, glaubt er nicht. Auch ao Schüler/innen wurden nicht beurteilt. Das derzeitige Modell sei ein Versuch, man werde sehen wie es wirke und was es zu ändern gebe.

Mag. Elisabeth Fröhlich vom Wiener Landesverband der Elternvereine an den öffentlichen Pflichtschulen möchte keine Versuche am Rücken der Kinder. Sie meint, vielen Eltern gehe es nicht gut im derzeitigen System. Sie verweist auf ein Projekt, das der Elternverband gemeinsam mit CORE - Integration im Zentrum organisiert. Es werden Informationsworkshops für Eltern in verschiedenen Sprachen angeboten.

Mag. Gabriele Schmid von der AK verspricht das Thema weiter zu verfolgen und **HR Mag. Heidi Schrodt** von Bildung Grenzenlos dankt für die engagierte Diskussion und stellt eine weitere Veranstaltung im Wintersemester in Aussicht.